



Die Beauftragte der Bundesregierung
für die Akzeptanz sexueller
und geschlechtlicher Vielfalt

Jahresempfang der Queerbeauftragten Sophie Koch

Berlin, 24. Februar 2026

Keynote von Dr. Julia Ehrt, Geschäftsführerin von ILGA World

Video der Rede: youtu.be/q9F1NyXMjn8

Die globale Situation von LSBTI Menschen

1259 – 1259 Organisationen haben im Juli letzten Jahres den UN-Menschenrechtsrat dazu aufgefordert das Mandat des unabhängigen Experten der UN zum Schutz vor Gewalt und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität um drei weitere Jahre zu verlängern. Das SOGI Mandat ist eines von 44 Themenmandaten der UN und eines von ganz wenigen das nicht per Konsens verlängert wird. Alle drei Jahre organisiert ILGA World zusammen mit dem International Service for Human Rights eine globale groß angelegte Kampagne, die versucht die Verlängerung dieses 2016 geschaffenen Mandates zu erreichen. Jedes Mal ist es ungewiss, ob wieder eine Mehrheit im Menschenrechtsrates in Genf zusammenkommen wird, ob – in anderen Worten – sich eine Staatenmehrheit dafür ausspricht, dass auch LSBTI Menschen Schutz vor Gewalt und Diskriminierung verdienen oder nicht – in der Zivilgesellschaft ist das eindeutiger: letztes Jahr haben sich, wie gesagt, über 1200 Organisationen dafür ausgesprochen.

Der Kampf um die Verlängerung des IE-SOGI Mandats verdeutlicht wie umstritten LSBTI Themen nach wie vor im globalen Kontext sind.

Nichtsdestotrotz, es gibt dieses Mandat und das wirft die Frage auf: steht es nun dafür, wieviel wir als LSBTI Bewegung in den letzten Jahrzehnten erreicht haben – oder eher dafür, wieviel Arbeit noch vor uns liegt? Und mal ganz abgesehen von selbigem Mandat: wie ist sie denn – objektiv betrachtet – die Situation von LSBTI Menschen in der Welt?

Mein Name ist Julia Ehrt – ich bin die Geschäftsführerin von ILGA World, dem globalen Dachverband von LSBTI Organisationen. Wir haben über 2000 Mitgliedsorganisationen weltweit in 170 Staaten.

Vielen Dank an die Queerbeauftrage der Bundesregierung Sophie Koch für die freundliche Einführung und die Möglichkeit heute hier zu Ihnen und Euch zu sprechen. Das freut mich außerordentlich.

Anfangen möchte ich mit einer kleinen Reise in die Vergangenheit. Denn ja, Menschen diverser sexueller Orientierungen, Geschlechtsidentitäten und Geschlechtsmerkmalen werden ausgegrenzt und erfahren Gewalt nach wie vor, aber es ist auch richtig, dass wir, blicken wir durch eine historische Brille auf die Dinge, auf eine so vielleicht nie da gewesene Erfolgsgeschichte gesellschaftlicher Akzeptanz blicken. Sicher nicht überall auf der Welt und auch nicht überall in gleichem Maße, aber für die große Mehrheit der Schwulen und Lesben, der trans und intergeschlechtlichen Menschen auf der Welt haben sich die Dinge in den letzten 20 oder 50 Jahren teils erheblich verbessert.

Ich bin 1977 auf die Welt gekommen, vor fast 50 Jahren. Damals galten LSBTI Menschen in weiten Teilen der Welt als moralisch, ethisch oder sittlich minderwertig, wir wurden kriminalisiert, pathologisiert und ausgegrenzt, und haben Gewalt und Diskriminierung in allen Bereichen unseres Lebens erfahren – in Deutschland, wie weltweit.

In meinem Geburtsjahr wurden in der BRD noch 191 Menschen nach §175 STGB verurteilt und es sollte noch 17 Jahre dauern bis die Kriminalisierung von Homosexuellen – in Deutschland vollständig abgeschafft wurde.

Auch damals stand schon im Deutschen Grundgesetz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ genau wie – „All human beings are born free and equal in dignity and rights“ in der Universellen Erklärung der Menschenrechte stand und steht – ABER, das war nicht der Alltag der meisten LSBTI Menschen in den 50ern, 60ern, 70ern und 80ern – nicht in Deutschland und nicht weltweit.

Ein Blick auf die Welt ergibt folgendes Bild. In den 80ern – ich war gerade in der Grundschule - haben noch mehr als 2 Drittel der UN-Mitgliedsstaaten einvernehmlichen gleichgeschlechtlichen Sex kriminalisiert. Kein einziges Land hat LSBTI Menschen vor Diskriminierung geschützt, keines hatte die Ehe für alle und nur eine Handvoll Länder hat es trans Menschen erlaubt Namen und Geschlechtseintrag in offiziellen Dokumenten zu ändern - jedoch nur unter meist menschenunwürdigen Voraussetzungen. Auch in Deutschland galt damals die „Sterilisationsvoraussetzung“, also die Voraussetzung der dauerhaften Unfruchtbarkeit bei der Änderung des Geschlechtseintrags – und diese hatte Bestand bis 2011! Gerade in Deutschland, einem Land, das eine sehr schwierige Geschichte in Bezug auf die Zwangssterilisierung von Minderheiten hat – erscheint das in besonderem Maße monströs.

Ich erinnere mich noch recht lebhaft an ein Gespräch mit einem Mitglied des Bundestages Anfang der 2000, der der Auffassung war, selbige Sterilitätsvoraussetzung sei nicht nur mit dem Grundgesetz vereinbar, sondern dass „*die Gesellschaft nicht so weit sei*“. Mein Argument, dass die Änderung des Namens und des Geschlechtseintrages doch niemandem etwas wegnähme und dass die Entscheidung zwischen Sterilität auf der einen und dem Leben mit unpassenden Dokumenten auf der anderen eine Unmöglichkeit sei, ließ er nicht gelten. Und so ist der politische Umgang mit trans Menschen in

Deutschland, ich würde sagen, bis heute geprägt von einer gewissen Mutlosigkeit. Ich hatte 15 Jahre lang Dokumente, die weder meinen Namen noch mein Geschlecht adäquat widerspiegeln – und ich kann Ihnen aus dieser Erfahrung versichern – ein Leben in Würde sieht anders aus.

Zurück zu den 80ern und der Welt: die erste eingetragene gleichgeschlechtliche Partnerschaft gab es Ende der 80er in Dänemark – da was ich schon im Gymnasium. In den 90ern gab es dann eine ganze Welle von Entkriminalisierungen – hauptsächlich in Europa und Lateinamerika. Das erste Gesetz, das Schwule und Lesben vor Diskriminierung im Arbeitsmarkt schützte, gab es noch in meiner Schulzeit (Niederlande & Israel) – Transmenschen mussten sich noch zehn weitere Jahre gedulden. Das neue Jahrtausend brachte dann nicht nur eine ganze Reihe von Gesetzen mit sich, die LSBTI Menschen anerkannte und schützte – es brachte auch einen Paradigmenwechsel in unserer Bewegung: Trans und Intergeschlechtliche Menschen wurden zunehmend als expliziter Teil der LSBTI Bewegung gesehen – sinnbildlich dafür war, im Jahr die Nennung von bisexuellen, trans und intergeschlechtliche Menschen im Namen von ILGA.

2011 ist dann auch endlich die Sterilisationsvoraussetzung im Deutschen Transsexuellengesetz gefallen. Kurz darauf kam unser Kind auf die Welt. Hätte ich meinen Geschlechtseintrag früher geändert, wäre es notwendig gewesen eine dauerhafte Unfruchtbarkeit vorzuweisen. Dann gäbe es unser Kind heute nicht.

2012 hat Argentinien als erstes Land der Welt ein Selbstbestimmungsgesetz eingeführt hat – in Deutschland sollte das noch über 10 weitere Jahre dauern.

Wie ist der Stand heute?

Seit 1977 hat sich die Anzahl der kriminalisierenden Ländern fast halbiert, etwas mehr als die Hälfte der UN Mitgliedsstaaten schützen LSBTI Menschen explizit vor Diskriminierung.

In 37 Staaten gibt es die Ehe für alle,

24 Staaten erlauben es trans Menschen selbstbestimmt ihren Namen und ihr Geschlecht zu ändern – darunter Deutschland,

und nur etwas mehr als eine Handvoll Staaten schützen intergeschlechtliche Kinder vor medizinischen Eingriffen: da gibt es noch erheblichen Nachholbedarf.

Und wenn man sich die Entwicklung der letzten 50 Jahre so vor Augen führt, muss man sagen: viele Dinge haben sich zum Besseren gewandelt – oder besser gesagt, sind zum Besseren erkämpft worden. Denn keine dieser Veränderungen kam von allein – LSBTI Bewegungen haben sie erkämpft und mutige Individuen vor Gericht erstritten.

Schauen also lesbische, schwule, bisexuelle, trans und intergeschlechtliche Menschen heute mit Zuversicht in die Zukunft – Zuversicht auf ein Leben in Akzeptanz, in Würde und mit der Möglichkeit die eigene Persönlichkeit so zu entfalten wie das Artikel 1 und 2 unseres Grundgesetzes und Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte garantiert? Ich glaube nicht!

Das gesellschaftliche Klima ändert sich momentan, gerade auch in Bezug auf sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität aber auch in Bezug auf die Rolle von Frauen. Nicht nur in Deutschland, auch in vielen anderen Ländern ist das der Fall. Dazu gehören Länder, die seit langem LSBTI Menschen schützten, allen voran die USA und Argentinien, aber auch in Frankreich, im Vereinigten Königreich, in Schweden, in Chile oder Kolumbien ändert sich der Umgang mit LSBTI. Und auch in Ländern, in denen es traditionell schwierig ist, verschärft sich die Lage, wie beispielsweise in Uganda, Ghana, Russland, Kyrgystan aber auch Kenia, El Salvador oder Guatemala.]

Leidtragende dieser Entwicklung sind aber nicht nur Menschen mit diversen sexuellen Orientierungen, Geschlechtsidentitäten oder Geschlechtsmerkmalen, es betrifft auch Menschen mit Migrationsgeschichte, Geflüchtete, Schwarze Menschen, Menschen mit Behinderung, sozial und ökonomisch benachteiligte Menschen oder Menschen jüdischen, muslimischen oder christlichen Glaubens, Hindi, Uiguren oder Rohingya – je nach Kontext teils sehr unterschiedliche Personengruppen – uns alle eint: wir passen nicht in ein gesellschaftlich erzeugtes Bild von Normalität – sondern werden als **anders** gebrandmarkt.

Diese gesellschaftliche Entwicklung der zunehmenden Ausgrenzung, der wachsenden gesellschaftlichen Polarisierung rüttelt an den Grundfesten unserer Demokratie:

- dem gesellschaftlichen Zusammenhalt,
- der gleichwertigen und gleichberechtigten Teilhabe am öffentlichen Leben,
- dem Grundsatz der Diskriminierungsfreiheit und der Menschenwürde ohne die Demokratie nicht denkbar ist.

Ähnliche Entwicklungen gibt es auch in autokratisch regierten Staaten: oft werden LSBTI Menschen dort zu Sündenböcken gemacht. In diesem Sinne unterscheiden sich Parteien in Demokratien mit autokratischen Tendenzen oder faschistischem Gedankengut von denen staatstragender politische Kräfte in Autokratien und Diktaturen kaum: LSBTI-Themen werden verwendet, um abzulenken von Missständen, von Korruption und Bereicherung, von Armut und Misswirtschaft. Sie werden verwendet, um Unzufriedenheit in der Bevölkerung bewusst zu säen, und zu kanalisieren und so autokratische Regierungen zu stützen und zu unterstützen oder in demokratischen Staaten politische Macht und Einfluss zu erlangen, zu festigen oder von anderen gesellschaftlichen Themen abzulenken. In Punkto Frauenfeindlichkeit und Ablehnung von Homosexualität und geschlechtlicher Vielfalt lassen sich demnach erhebliche Parallelen feststellen zwischen Regierungen in Ländern wie Russland, Uganda, der Türkei oder Usbekistan, und unter politischen Parteien und Bewegungen in

demokratischen Staaten wie der republikanischen MAGA Bewegung in den USA, der AFD hier in Deutschland, der Partei von Milei in Argentinien, oder der Fidez in Ungarn.

In Europa und Nordamerika eint diese Kräfte darüber hinaus die Ablehnung und Instrumentalisierung von Migration und Einwanderung in unsere Gesellschaften mit der sie konservative demokratische Kräfte erfolgreich vor sich hertreiben.

Doch zurück zur globalen Frage: was sind nun die Konsequenzen aus den von mir beschriebenen Entwicklungen:

Trotz aller Verbesserungen sind die Ablehnung von LSBTI Lebensweisen historisch und gesellschaftlich tief verankert, das macht Gesellschaften – seien sie nun progressiv oder nicht - anfällig für Instrumentalisierung von queeren Themen von Themen wie Gleichstellung und Selbstbestimmung: Nach Jahren gesellschaftlichen Verbesserungen stehen wir am Anfang eines epochalen Umbruchs:

- Zum ersten Mal seit Jahrzehnten steigt die Anzahl der kriminalisierenden Ländern: Burkina Faso und Trinidad und Tobago sind nur die beiden jüngsten Beispiele aus dem vergangenen Jahr. Uganda hat vor drei Jahren die Todesstrafe für sogenannte “verschärfte Homosexualität” wieder eingeführt, Ghana, Tansania und möglicherweise Senegal könnten folgen.
- Über 60 Staaten schränken die Arbeit von LSBTI Zivilgesellschaft ein:
 - o sei es durch den Versuch Organisationen die Registrierung zu verwehren,
 - o sei es durch sogenannte “homosexuelle Propaganda Gesetze” die das Sprechen über LSBTI Themen unter Strafe stellen oder sogenannte „foreign agent laws“ – also Ausländische Agenten Gesetze, die es inzwischen in vielen Ländern auf fast allen Kontinenten gibt
 - o sei es durch das Verbot von CSDs und Queer Pride Demonstrationen – die Liste auch dieser Länder ist lang – prominentestes Beispiel war 2025 der Versuch Ungarns die Pride in Budapest zu verhindern, was aber zu einer der größten Demonstrationen der jüngeren ungarischen Geschichte führte
- und in einer immer größer werdenden Anzahl von Staaten wird die Legitimität von trans Identitäten in Frage gestellt – prominentestes Beispiel der letzten Jahre: Großbritannien und die USA.

Das – also Kriminalisierung, Behinderung zivilgesellschaftlicher Arbeit, Delegitimation von geschlechtlicher Vielfalt - passiert vor dem Hintergrund einer beispiellosen Finanzierungskrise in der Humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit, und einem Angriff auf die internationale Ordnung und der Menschenrechte. Das trifft auch im Besonderen auch LSBTI Organisationen.

In den letzten 10 Jahren wurde die Arbeit vieler LSBTI Organisationen insbesondere im Globalen Süden durch eine Handvoll Staaten unterstützt – diese Unterstützung trägt gerade in Staaten, die kriminalisieren oder Zivilgesellschaft systematisch behindern, die dortige LSBTI Arbeit. Allen voran waren dies die USA und die Niederlande.

Die USA haben mit der Amtsübernahme von Donald Trump die Förderung von LSBTI Organisationen weltweit eingestellt. Nicht nur das: die Trump Verwaltung hat vertraglich zugesicherte Mittel illegal zurückgehalten und dann fast alle laufenden Förderverträge gekündigt – mit der Intention maximalen Schaden anzurichten. Mit Erfolg.

Andere Geberländer sind hier nicht in die Bresche gesprungen, im Gegenteil, viele Geberländer haben die EZ erheblich zurückgefahren: unter ihnen die Niederlande, das Vereinigte Königreich, Schweden, Finnland und auch Deutschland hat den Etat des BMZ in den vergangenen 5 Jahren um fast gut ein Fünftel gekürzt.

Für viele LSBTI Organisationen weltweit bedeutet dies den de facto Entzug der Arbeitsgrundlage. Es zieht auch den Zusammenbruch des Kampfes gegen HIV und Aids in weiten Teilen des globalen Südens nach sich, und hat zur Folge, dass Millionen von Frauen keinen Zugang zu Verhütungsmethoden oder sicheren Schwangerschaftsabbrüchen mehr haben – oder haben werden. Es bedeutet auch die billigende Inkaufnahme von tausenden, wenn nicht Millionen von Toten. UN AIDS schätzt, dass allein die Einstellung des US PEPFAR Programms bis 2029 6,3 Millionen Menschenleben kosten wird (PEFAR= The US President's Emergency Plan for AIDS Relief). Auch Deutschland hat den Etat des BMZ in den vergangenen 5 Jahren um fast gut ein Fünftel gekürzt – und auch hier ist ein Ende nicht abzusehen.

Es sei hier auch nochmal daran erinnert, dass es sich bei EZ nicht um Almosen für den globalen Süden, sondern um eine Verpflichtung gegenüber denjenigen Staaten und Menschen, die unter Krieg, Vertreibung, Armut, Hunger und Gewalt leiden. Eine Verantwortung, die erwächst nicht nur aus unserem Reichtum und aus der historischen und gegenwärtigen Ausbeutung der Länder des Globalen Südens. EZ ist eine Frage der Gerechtigkeit, der Solidarität und aber auch eine Frage der globalen Sicherheit und Stabilität.

Ich komme zum Ende: Was ist nun die Quintessenz der letzten 15 Minuten? Wo stehen wir also nun als globale LSBTI Bewegung?

Einerseits haben wir als Bewegung 50 Jahre lang große Erfolge erzielt – sowohl in Deutschland und Europa als auch in weiten Teilen der Welt.

Andererseits erleben wir zum ersten Mal erhebliche politische Rückschritte, sowie schmerzhaft Einschnitte in der Bewegungsfinanzierung. Staaten, die lange LSBTI Themen unterstützt haben, wenden sich anderen Themen zu oder arbeiten -wie beispielsweise die USA oder Argentinien- explizit gegen Gleichstellung.

Auch richtig ist, dass LSBTI Feindlichkeit historisch und kulturell in vielen Gesellschaften tief verwurzelt ist und der gegenwärtige gesellschaftliche Wandel auf fruchtbaren Boden trifft. Aktuell bewegen wir uns weg von internationalen Normen und Multilateralismus, weg von Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit, weg von Zusammenarbeit und Zusammenhalt, hin zu mehr Egoismus und Sozialdarwinismus, zu mehr Abschottung und Zöllen, weg von der Stärke des Rechts, hin zum Recht des

Stärkeren. Das hat seine Ursache auch darin, dass wir uns oft mit Menschen umgeben, die unsere Meinung teilen; dass wir mehr übereinander reden anstatt miteinander.

Und so stehen wir oft der zunehmenden Polarisierung unserer Gesellschaft macht- und hilflos gegenüber, weil zunehmend verlernen mit Menschen verschiedenster Auffassung und Meinung in Kontakt zu treten.

Und hier komme ich nochmal zurück auf den Unabhängigen Experten der Vereinten Nationen zu sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, aktuell ist es der südafrikanische Wissenschaftler, Graeme Reid. Eine der Kernaufgaben des Mandatsträgers ist:

“Engaging in dialogue to foster the protection of LGBT and gender-diverse persons” - also in Dialog zu treten auch und gerade mit Menschen, Institutionen und Staaten, die sich nicht dem Schutz von LSBTI Menschen verschrieben haben. Der vorige Mandatsträger Victor Madrigal Borloz hat mir einmal gesagt, dass er als Mandatsträger mit allen sprechen würde, die bereit wären sich mit ihm zu treffen.

Und ich denke daran sollten wir uns alle ein Beispiel nehmen: den Dialog zu suchen und zu finden auch und gerade mit denjenigen zu sprechen, die anderer Auffassung sind als wir. Uns darauf zu besinnen, was uns als Menschen ausmacht: unsere Fähigkeit sich in andere hineinzusetzen, Mitgefühl und Empathie zu empfinden, auch mit denen, die uns vielleicht fremd und anders erscheinen. Vielen Grausamkeiten in der Geschichte ging eine Entmenschlichung der Opfer voraus. Empathie kann dem etwas entgegensetzen. Das Menschliche nach vorne holen, den Dialog, den Austausch pflegen. Denn nur so wird es uns gelingen wieder gesellschaftliche Brücken zu bauen und den Zusammenhalt in unseren Gesellschaften zu erhalten und zu befördern, sodass sich alle Menschen sich in Würde und Frieden frei entfalten können, egal ob sie schwul, lesbisch, bisexuell, trans oder intergeschlechtlich sind oder nicht.